



## Strategische Themen der internationalen Politik und Globalisierung

- **100% grün: EU und Nordafrika als Energieallianz?** Seite 1
- **Zugpferd Mittelschicht – wie Entwicklungsländer Wachstum fördern** Seite 2
- **Kampf gegen Massenvernichtungswaffen wird auf See gewonnen** Seite 3
- **Pro & Contra:  
Russland in transatlantische Sicherheitsstrukturen einbeziehen?** Seite 3  
*Pro: Im Sicherheitsbereich ist „restricted engagement“ essentiell*  
*Contra: Kooperation nur bei Energie und Handel möglich* Seite 4
- **Zentralasien: OSZE-Sicherheitsinitiative hilft auch Afghanistan** Seite 4
- **Globale Gesundheitskampagne als effektives Sicherheitsinstrument** Seite 5
- **Dilemma Landwirtschaft: Entwicklung nur durch bessere Forschung** Seite 6
- **Eine zentrale Frauenorganisation für die UNO!** Seite 6

### 100% grün: EU und Nordafrika als Energieallianz?

100% renewable energy: A Roadmap to 2050 for Europe and North Africa, *Potsdam Institute for Climate Impact Research*, März 2010

Fast die Hälfte des gesamten europäischen Energiebedarfs muss durch Importe abgedeckt werden. Bis 2050 könnte sich diese Abhängigkeit auf 70% vergrößern. Doch die Energiearmut Europas kann schon bald zum Motor für neue Innovationen werden: Durch die Schaffung eines leistungsfähigen europäischen Fernübertragungsnetzes, eines sogenannten SuperSmart Grids, und durch die Förderung des Elektrizitäts-Binnenmarktes könnte bis 2050 der komplette Strombedarf Europas aus erneuerbaren Energien bedient werden. Eine Schlüsselrolle in diesem Szenario spielt Nordafrika. Denn um die Zukunftsvision von 100% erneuerbarer Energie Wirklichkeit werden zu lassen, sind große finanzielle, infrastrukturelle und regierungspolitische Veränderungen notwendig:

- **Aufbau eines SuperSmart Grids mit Anschluss Nordafrikas:** Um das Potential von Sonne und Wind effizient zu nutzen, müssen Nordafrika und Europa eng zusammenarbeiten. Durch die Entwicklung einer stabilen Partnerschaft und die großräumige Nutzung erneuerbarer Energien sollte Europa seine Abhängigkeit von Energieimporten verringern. Der neue Energiemarkt könnte die nordafrikanische Wirtschaft ankurbeln und die Beziehungen zwischen Europa und Nordafrika stärken.

Mit den *Global Must Reads* will die Atlantische Initiative einen Beitrag zur Stärkung der außenpolitischen Kultur in Deutschland leisten. Unser Service bietet einen Überblick über besonders wichtige Studien und Analysen zur internationalen Politik. Bereits 22.000 Leser, darunter viele Entscheidungsträger aus Politik und Wirtschaft, nutzen unseren Service. Die *Global Must Reads* erscheinen auf Deutsch und in einer internationalen Ausgabe auf Englisch.

Als gemeinnütziger Verein bieten wir diesen Service für unsere Leser kostenfrei an. Wir sind allerdings auf finanzielle Unterstützung angewiesen und für jede Zuwendung dankbar. Spenden sind steuerabzugsfähig.

#### Atlantische Initiative e. V.

Wilhelmstraße 67  
10117 Berlin  
Germany

Tel: +49.30.206 337 88  
Fax: +49.30.246 303 633

www.atlantische-initiative.org  
info@atlantische-initiative.org

#### Vorstand

Dr. Johannes Bohnen  
Jan-Friedrich Kallmorgen

#### Beirat

Dr. Rudolf Adam  
Dr. Ronald D. Asmus  
Prof. Dr. Arnulf Baring  
Dr. Christoph Bertram  
Carl-Eduard von Bismarck  
Dr. Philip v. Boehm-Bezing  
Dr. Mark Brzezinski  
Jürgen Chrobog  
Thomas L. Farmer  
Dr. Klaus-Dieter Frankenberger  
Dr. Jeffrey Gedmin  
Prof. Dr. Helga Haftendorn  
Dr. John C. Hulsman  
Dr. Michael J. Inacker  
Dr. Jackson Janes  
Marvin Kalb  
Dr. Walther Leisler Kiep  
Eckart von Klaeden  
Hans-Ulrich Klose  
John Kornblum  
Dr. Charles Kupchan  
Alexander Graf Lambsdorff  
Prof. Dr. Kurt J. Lauk  
Dr. Beate Lindemann  
Heike MacKerron  
Dr. Norbert Otten  
Cem Özdemir  
Ruprecht Polenz  
Avi Primor  
Andrew Rasiej  
Prof. Dr. E. Sandschneider  
Prof. Dr. h.c. Horst Teltchik  
Karsten D. Voigt  
Lord Wallace

#### Bankverbindung

Atlantische Initiative e. V.  
Bankhaus Löbbecke AG  
Bankleitzahl: 100 30 500  
Kontonummer: 12 57 95 00

#### Registergericht

Amtsgericht Berlin Charlottenburg  
Registernummer: VR 23583Nz

Steuernummer: 27/660/59701  
USt-IdNr.: DE 252416799

- Festlegung von politischen Zielen für die weitere Etablierung von erneuerbaren Energien in Europa und Nordafrika: Während in der EU bereits existierende Institutionen und Richtlinien verstärkt genutzt werden können, müssen in Nordafrika institutionelle Strukturen erst aufgebaut werden.
- Abbau von Subventionen für fossile Brennstoffe bis 2020 und Entwicklung eines Zeitplans, um Finanzhilfen für erneuerbare Energien bei erfolgreicher Etablierung des Systems einstellen zu können: Investitionen in erneuerbare Energien müssen durch bessere Produktinformationen, verstärkte Zusammenarbeit von Politik und Industrie und durch die Entwicklung europaweiter Geschäftsmodelle, sowohl auf regionaler als auch auf internationaler Ebene, gefördert werden. Das Investitionspotential ist vorhanden und muss entsprechend genutzt werden.
- Stärkung von zentralen Einrichtungen zur Verbesserung der Energie-Infrastruktur: Die EU-Agentur für die Zusammenarbeit der Energieregulierungsbehörden (ACER, Agency for the Cooperation of Energy Regulators) und der Verband Europäischer Übertragungsnetzbetreiber (ETSO-E, European Transmission System Operators for Electricity) müssen langfristige Planungen durchführen und verlässlich umsetzen können.

Die Umstellung des europäischen und nordafrikanischen Strommarktes auf 100% erneuerbare Energie hat das Potential, Europas Abhängigkeit von anderen Energieimporten zu verringern, Energiesicherheit zu gewährleisten und die Stromerzeugung zu dekarbonisieren. Die Voraussetzungen für die Umstellung sind schon jetzt gegeben, denn die nötige Technologien, die Energiequellen und die Kapazitäten zur Speicherung der Energie sind vorhanden. Das länderübergreifende SuperSmart-Stromnetz könnte unterschiedlichste Energiequellen nutzen, unabhängig davon, wo und wann Energie erzeugt wird, und dementsprechend ein Erzeugungs-Nachfrage-Gleichgewicht für Europa und Nordafrika schaffen. [Mehr...](#)

### **Zugpferd Mittelschicht – wie Entwicklungsländer Wachstum fördern**

Nancy Birdsall, *The (Indispensable) Middle Class in Developing Countries; or, the Rich and the Rest, Not the Poor and the Rest*, *Center for Global Development*, 26.03.2010

Integratives Wachstum (inclusive growth) gilt als das zentrale Ziel von Entwicklungsländern, um ihre wirtschaftliche Lage zu verbessern. Seit den 1990er Jahren versucht eine armutsmindernde Entwicklungspolitik (pro-poor growth) vor allem Menschen mit einem Einkommen von ein bis zwei US-Dollar pro Tag zu helfen, der Armutsfalle zu entkommen. Doch auch wenn diese Form der Entwicklungspolitik wichtig ist und gute Ergebnisse liefert, ist der entwicklungspolitische Fokus auf die ärmsten Bevölkerungsschichten im Rahmen des integrativen Wachstums nicht optimal. Denn er lässt einen wichtigen Faktor wirtschaftlichen Langzeitwachstums in Entwicklungsländern unbeachtet: die Mittelklasse.

Für die Zukunft der Entwicklungspolitik gilt: Die Unterstützung und Förderung gerade der Mittelklasse, einer fragilen Bevölkerungsschicht vor allem in Entwicklungsländern, ist notwendig, um internes Wachstum nachhaltig zu stimulieren. Die Förderung dieser Gesellschaftsschicht könnte in Zukunft sogar bedeutender werden als internationale Hilfsgelder, Rücküberweisungen oder Rohstofferschließungen, da sie wirtschaftlich und politisch stabilisierend wirkt. Doch es ist schwierig, die sogenannte Mittelschicht zu definieren. Einerseits gehört jeder, der in einem Entwicklungsland mehr als zwei US-Dollar pro Tag verdient, zur Mittelschicht. Andererseits ist ein Entkommen aus der absoluten Armut erst ab einem täglichen Einkommen von mindestens zehn US-Dollar pro Tag sichergestellt. Entwicklungshilfe und integratives Wachstum sollten daher vor allem auf Maßnahmen wie die Anpassung des Steuerrechts, die soziale Absicherung, die primäre aber auch sekundäre Bildung und die Verteilung von Landrechten ausgerichtet werden. Doch bei allen Bemühungen um die Verbesserung der Lebensbedingungen der Mittelschicht dürfen weder die Ärmsten der Armen aus dem Fokus verdrängt noch die Mittelklasse zum reinen Zugpferd für den wirtschaftlichen Aufstieg ärmerer Menschen werden. Die Mittelschicht muss trotz Abgrenzungsschwierigkeiten zu den Armen und den Reichen eine klar definierte Rolle spielen und ein stärkeres Profil bekommen, um integrativem Wachstum eine neue Bedeutung zu geben und mehr Menschen mit einzubeziehen.

Es wird schwierig, die Grenze zwischen strikt armutsmindernden und Mittelschicht fördernden Maßnahmen zu ziehen, da die Übergänge oft fließend sind. Entwicklungspolitische Maßnahmen der Armutsbekämpfung sollten aber gezielt auf die Mittelschicht ausgeweitet werden. Dabei geht es beispielsweise um an Bedingungen geknüpfte Zahlungen von Einkommenstransfers, die sich direkt an Bedürftige richten und

die die finanziellen Bürden des öffentlichen Sektors verringern. Aber es geht auch um die Förderung von Humankapital, um langfristig durch Investitionen Wachstum zu generieren. Nur wenn in Zukunft Wachstumsstrategien auch auf die Chancengleichheit innerhalb der Mittelschicht abzielen, kann Wachstum integrativ und nachhaltig sein. [Mehr...](#)

### **Kampf gegen Massenvernichtungswaffen wird auf See gewonnen**

Mark J. Valencia, *Interdiction: Legality, Effectiveness, and the Way Forward*, *Nautilus*, 12.04.2010

Massenvernichtungswaffen (weapons of mass destruction, WMD) könnten schon bald in die falschen Hände geraten. Um dies zu verhindern, sind besonders Maßnahmen zur Bekämpfung von Piraterie, Terrorismus und der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen auf hoher See (die so genannte Interdiktion) gefragt. Eine gut koordinierte Interdiktion kann gezielt der Verbreitung von WMD entgegenwirken. Um jedoch effektiv zu sein, darf die Interdiktion nicht länger nur als bloßes Ad-hoc-Instrument der US-Außenpolitik dienen. Sie muss direkt unter UN-Aufsicht gestellt werden, um sich weltweit legitimieren zu können und international mehr Anerkennung zu finden.

Ein wichtiger Schritt wäre, die Proliferation Security Initiative (PSI) durch eine Resolution des UN-Sicherheitsrates unter internationales Recht zu stellen. Die PSI ist ursprünglich eine von US-Präsident Bush 2003 ins Leben gerufene Initiative, die das Ziel verfolgt, die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen zu bekämpfen. Sie ist jedoch kein Rechtsinstrument, sondern ähnelt den Protokollen der 2005 überarbeiteten SUA-Konvention von 1988. Die Convention for the Suppression of Unlawful Acts Against the Safety of Maritime Navigation of 1988 erwies sich als unzureichendes Instrument gegen Terrorismus und die Bekämpfung von Massenvernichtungswaffen. Die PSI selbst hat zwar keine direkten Auswirkungen auf die Freiheit der Hohen See, ist aber dennoch ein wichtiges politisches Instrument zur Bekämpfung der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen. Zu den 11 Gründungsmitgliedern der PSI gehört auch Deutschland; inzwischen sind über 20 Staaten aktiv beteiligt, und insgesamt 86 Staaten haben politische Unterstützung zugesichert. Durch die PSI soll in Zukunft vor allem auch die praktische Zusammenarbeit der Regierungsexperten gefördert und die Erarbeitung von Richtlinien, sogenannten „best practices“, zur Unterbindung kritischer Transporte ermöglicht werden. Die PSI erlaubt allen Unterzeichnern das gegenseitige Anhalten, Betreten und Durchsuchen von Schiffen auf Hoher See, wenn ein begründeter Verdacht auf das Mitführen von Massenvernichtungswaffen besteht.

Probleme gibt es dennoch: Zum einen ist der Transport von Materialien zur Herstellung von Massenvernichtungswaffen teilweise kaum zu unterbinden, da viele verdächtige Materialien doppelt verwendet werden können, zum Beispiel zur Herstellung legaler Produkte, und demnach nicht konfisziert werden können. Zum gefährdet die Dominanz der USA, die immer wieder Vorrechte auf hoher See fordern, die Bereitschaft anderer Staaten zur Kooperation. Aber auch die unzureichende Sanktionsgewalt der PSI und die fehlende Zusammenarbeit mit Schlüsseländern wie China, Indonesien, Malaysia und Pakistan erschweren das Aufhalten verdächtiger Lieferungen auf dem Seeweg. Eine Resolution des UN-Sicherheitsrates sollte die PSI unter internationales Recht stellen, sie von den USA loskoppeln, sie finanziell unabhängig machen und ihr global Geltung verschaffen. Nur wenn weltweit klare Vereinbarungen bestehen, kann die Interdiktion in Zukunft wirklich greifen. [Mehr...](#)

*Pro & Contra:*

### **Russland in transatlantische Sicherheitsstrukturen einbeziehen?**

#### **Pro: Im Sicherheitsbereich ist „restricted engagement“ essentiell**

Jeffrey Mankoff, *Reforming the Euro-Atlantic Security Architecture: An Opportunity for U.S. Leadership*, *The Washington Quarterly*, April 2010

Eine neue europäische Sicherheitsstruktur, die Russland gezielt einbezieht, kann das Konfliktpotential in Osteuropa signifikant verringern. Die transatlantischen Partner sollten die Anregungen des russischen Präsidenten Medwedew aufgreifen und eine neue euroatlantische Sicherheitsarchitektur aufbauen. Dies wäre besser, als die Russen in existierende, aber für die Integration ungeeignete Institutionen hineinzuzwängen. Dabei sollten Europa und die USA eine Art „restricted engagement“ Russlands in transatlantischen Sicherheitsstrukturen fördern.

Angesichts der Zerstrittenheit der Europäer sollten die USA die Führung in den Verhandlungen mit Russland übernehmen. Washington muss bald auf Präsident Medwedews Vorstöße mit gezielten Gegenvorschlägen antworten, denn es steht einiges auf dem Spiel. Sicher ist schon jetzt, dass eine bessere Zusammenarbeit der transatlantischen Gemeinschaft mit Russland in Sicherheitsfragen konkret zur Lösung dringender internationaler Probleme wie dem Kampf gegen Drogen und Terror beitragen kann. [Mehr...](#)

### **Contra: Kooperation nur bei Energie und Handel möglich**

Katinka Barysch, Can and should the EU and Russia reset their relationship? *Center for European Reform*, Februar 2010

Gerade im sicherheitspolitischen Rahmen ist der Spielraum für eine stärkere Zusammenarbeit der Europäer mit Russland viel zu eingeengt, nicht zuletzt aufgrund der Absichten Russlands, Osteuropa weiterhin als eigene Interessenssphäre zu behandeln. Jede europäische Strategie ist von vornherein zum Scheitern verdammt, wenn sie von positiven Veränderungen im heutigen Russland ausgeht. Zu stark haben sich die unterschiedlichen Interessensgruppen im Kreml an der Macht festgeklammert und zu schwach sind die demokratischen Institutionen dort, als dass das Putin-Regime die nötige politische Flexibilität für mehr gemeinsame Arbeit mit den Europäern aufbringen kann.

Die Europäer täten gut daran, sich mit dieser Realität abzufinden. Das Erzwingen einer Zusammenarbeit, die momentan nur im Energie- und Handelsbereich sinnvoll ist, ist keine Lösung. Selbst beim Handel werden gemeinsame Projekte wohl bis nach dem Beitritt Russlands zur WTO warten müssen. Um den unrealistischen Erfolgsdruck von den politischen Entscheidungsträgern zu nehmen, ist es ratsam, die Anzahl der EU-Russland-Gipfeltreffen auf eines pro Jahr zu reduzieren. Das bloße Planen einer „Modernisierungspartnerschaft“ und ähnlicher großspuriger Vorhaben ist hier wenig hilfreich. Kooperation sollte sich auf die Sphären konzentrieren, in denen eine Zusammenarbeit unter den heutigen Bedingungen realistisch möglich ist. [Mehr...](#)

### **Zentralasien: OSZE Sicherheitsinitiative hilft auch Afghanistan**

Denis Corboy et al., Central Asia: new security challenges, *openDemocracy*, 09.04.2010

Die blutigen Unruhen in Kirgisien in den vergangenen Wochen machen deutlich, wie instabil Zentralasien politisch ist. Hinzu kommt, dass der Westen das neue große Spiel in der ressourcenreichen Gegend um das Kaspische Meer nicht beherrscht. Hier gilt es, die Präsenz der OSZE vor Ort auszunutzen. Denn vor allem angesichts des Krieges in Afghanistan haben der Westen und Russland ein klares sicherheitspolitisches Interesse daran, die Region zu stabilisieren.

Die Lage ist explosiv: Durch die allgegenwärtige Korruption, gepaart mit hoher Arbeitslosigkeit und wirtschaftlichen Problemen, ist die soziale Lage in vielen Ländern der Region sehr angespannt. Dies gilt vor allem für Kirgisien, Tadschikistan und Usbekistan. Doch auch in Turkmenistan und Kasachstan haben die beträchtlichen Rohstoffvorkommen nur bestimmte gesellschaftliche Schichten bereichert. Der Rest der Bevölkerung, die einen hohen Prozentsatz Jugendlicher aufweist, lebt in bitterer Armut. Dies macht sie anfällig für die Propaganda islamischer Extremisten und Drogenmissbrauch, und außerdem zu leichten Opfern für den florierenden Menschenhandel. Vor allem deswegen unterhält die OSZE in vielen Hauptstädten Zentralasiens Vertretungen, die sich Sicherheitsfragen sowie Aufklärungs- und Bildungskampagnen widmen. Diese Projekte sind zwar meist von geringem Umfang, aber vor Ort ausgesprochen populär. Doch bisher hat die OSZE das nicht zu ihrem Vorteil genutzt, auch wenn dies im Sinne der sicherheitspolitischen Interessen des Westens läge. Denn ein instabiles Zentralasien macht eine Befriedung des Nordens Afghanistans nahezu unmöglich. Vor allem auch für Russland stellt die Instabilität der Region eine große Herausforderung dar, da die Hälfte seiner Gastarbeiter aus dieser Region stammt und der Drogenhandel inzwischen eine ernsthafte Gefährdung der Gesundheit der Bevölkerung darstellt, auch durch die damit verbundene Ausbreitung des HIV-Virus.

Es ist höchste Zeit, dass der Westen den Verhältnissen in Zentralasien mehr Beachtung zeigt. Die OSZE sollte ein Gipfeltreffen ganz dem Thema Zentralasien widmen. Dass Kasachstan in diesem Jahr den Generalsekretär der OSZE stellt, ist eine gute Gelegenheit, um Russland und den Westen bei der Verfolgung gemeinsamer Interessen in Zentralasien einander näher zu bringen. Nicht zuletzt kann dies entscheidend zu einer Befriedung Afghanistans beitragen. Eine zentralasiatische Sicherheitsinitiative muss sich der Bekämpfung des Drogen- und Menschenhandels und

des Extremismus in der Region verschreiben. Außerdem sollte sie versuchen, die Korruption einzudämmen. Die Gründung einer Gruppe der „Freunde des Generalsekretärs“ kann eine solche Initiative den Machthabern vor Ort schmackhafter machen. Die Gruppe sollte aus einem Dreigestirn mit den vorhergehenden, gegenwärtigen und zukünftigen Generalsekretären bestehen. Zudem müssten ihr die EU, Frankreich, Deutschland, Großbritannien, Russland und die USA angehören. [Mehr...](#)

### **Globale Gesundheitskampagne als effektives Sicherheitsinstrument**

William J. Fallon et al., Report of the CSIS Commission on Smart Global Health Policy, *Center for Strategic and International Studies*, 18.03.2010

Eine preiswerte Einsatzmöglichkeit für “smart power” in der US-Außenpolitik wird immer wieder übersehen: eine globale Gesundheitskampagne. Sie könnte die nationale Sicherheit der USA entscheidend verbessern; einerseits durch die Aufwertung des angeschlagenen Images Washingtons weltweit, andererseits im Rahmen der Konfliktprävention und durch erhöhte internationale Sicherheit. Ein 5-Punkte-Plan, der bis 2025 jährliche Investitionen von 25 Mrd. US-Dollar fordern würde, müsste folgendermaßen aussehen:

1. Verstärkung des Kampfes gegen HIV, Malaria und Tuberkulose: Trotz der Finanzkrise müssen hier Investitionen auch in Zusammenarbeit mit internationalen Allianzen wie dem Globalen Fonds zur Bekämpfung von AIDS, Tuberkulose und Malaria konsequent fortgeführt werden. Kapazitäten in betroffenen Ländern müssen ausgeweitet werden, um nachhaltige Gesundheitssysteme zu entwickeln.
2. Prioritäten setzen im Bereich der Kinder- und Frauengesundheit: Eine Investition von nur 2 Mrd. US-Dollar jährlich könnte enorme Fortschritte bei Impfprogrammen sowie in der Empfängnisverhütung bringen. Besonders die verbesserte gesundheitliche Betreuung von Müttern ist lohnend, vor allem in Afrika und Südasien.
3. Aufstockung von Krisenmanagement-Kapazitäten und Verbesserung präventiver Maßnahmen: Notfallpläne und Eingriffsmöglichkeiten vor Ort müssen schnell gestärkt werden. Die rasant fortschreitende Globalisierung bedeutet, dass präventive Maßnahmen in Entwicklungsländern wichtig sind, um weltweiten Pandemien mit entsprechendem verheerenden wirtschaftlichen Auswirkungen vorzubeugen oder sie gegebenenfalls einzudämmen. Präventive Maßnahmen haben angesichts der vermeidbaren Kosten hohe Renditen. Beispiele hierfür sind Bildungskampagnen, die gesunde Lebensführung propagieren.
4. Sicherstellung der notwendigen Mittel für eine globale US-geführte Gesundheitskampagne: Auf Regierungsebene muss eine weltweite Kampagne vom Präsidenten in enger Zusammenarbeit mit dem Nationalen Sicherheitsrat und dem Office of Budget and Management (OBM) koordiniert werden. Ein zwischenministerieller Rat für Globale Gesundheit (Interagency Council for Global Health), der dem stellvertretenden Ratgeber im Nationalen Sicherheitsrat (Deputy Advisor NSC) untersteht, sollte die Kampagne anführen. Die tägliche Geschäftsführung müsste einem Leitenden Gesundheitsratgeber (Senior Global Health Advisor) anvertraut werden, der im Außenministerium anzusiedeln ist. In den betroffenen Ländern sollten die US-Botschafter die globale Gesundheitskampagne mit anderen entwicklungspolitischen Bemühungen abstimmen.
5. Kluge Investitionen in multilaterale Institutionen: Hier muss die Kooperation der USA nicht nur mit der Weltgesundheitsbehörde WHO verstärkt, sondern auch das Potential der Weltbank sowie von G-8 und G-20 Treffen besser eingebracht werden. Initiativen wie die Globale Allianz für Impfstoffe und Immunisierung (GAVI Alliance) sollten genauso unterstützt werden wie innovative Finanzierungsmodelle für Impfstoffe. Um effektiv zu bleiben, müssen die US-Investitionen in multilaterale Institutionen hierfür von gegenwärtig 15% auf 20% erhöht werden.

Durch diese fünf Schritte kann innerhalb der nächsten 15 Jahre die HIV-Neuinfektionsrate um zwei Drittel gesenkt werden. Zudem würde die Ausbreitung von resistenter Tuberkulose eingedämmt und der Tod durch Malaria zur Ausnahme gemacht werden. Der Müttersterblichkeit und Pandemien könnte effektiv vorgebeugt werden. Millionen von Menschenleben können durch eine gut ausgerichtete, weltweite Gesundheitskampagne gerettet und ihr Leben entscheidend verbessert werden. Wenn sich die USA als führend mit diesem Vorhaben global positionieren können, dann kommt dies auch ihrer nationalen Sicherheit zugute. [Mehr...](#)

## **Dilemma Landwirtschaft: Entwicklung nur durch bessere Forschung**

Uma Lele et al., Transforming Agricultural Research for Development, *Global Forum for Agricultural Research*, März 2010

Die globale Landwirtschaft steckt in der Krise: Um 9 Mrd. Menschen trotz schwindender Ressourcen auch in Zukunft zu ernähren, sollten nicht nur die landwirtschaftlichen Praktiken, sondern vor allem die Forschung im Agrarbereich revolutioniert werden. Die Investitionen in die landwirtschaftliche Forschung müssen verdoppelt werden, weil sie langfristig große Profite versprechen. Aber besonders für entwicklungspolitische Hilfsprogramme muss die Forschung neue Konzepte entwickeln, damit die Katastrophenhilfe in Zukunft vermehrt durch langfristige und nachhaltige landwirtschaftliche Entwicklung ergänzt werden kann. Besonders wichtig ist dabei die Zusammenarbeit mit den Bauern vor Ort, deren Kenntnisse und innovatives Potential oft unterschätzt wird.

Viele der ärmsten Menschen der Welt leben von der Landwirtschaft. Gleichzeitig nimmt der Bedarf an Land, Wasser, Ackerfrüchten und sonstige Ressourcen konstant zu und lässt die Preise für landwirtschaftliche Ressourcen und Produkte steigen. Dies setzt vor allem ärmere Menschen unter Druck, die meist von der Landwirtschaft abhängig sind. Die landwirtschaftliche Forschung muss dringend neue Ansätze entwickeln, um diesen wachsenden Problemen mit Innovationen entgegenzuwirken. Dabei sollte sie bestimmte Erkenntnisse in ihre neuen Forschungsansätze mit einbeziehen: Erstens ist es extrem wichtig, die unterschiedlichen Bedingungen vor Ort zu beachten. Groß angelegte, internationale Programme mögen vielleicht politisch und wirtschaftlich attraktiv sein, jedoch dürfen sie die lokale, nationale und regionale Ebene nicht außer Acht lassen. Experten aus dem Ausland können komplexe, etablierte Arbeitsweisen und Routinen vor Ort, wie die Planung, die Implementierung, die Problemlösung und den Wissensstand lokal verankerter Bauern meist nur unzureichend verstehen und dementsprechend nicht richtig fördern. Vielmehr müssen nationale und lokale Institutionen gestärkt werden, die vor Ort bereits Netzwerke und Kontakte sowie eine hohe soziale Akzeptanz besitzen. Eine verstärkte Einbeziehung gerade dieser lokalen, regionalen und nationalen Ebene in die Planung und Leitung globaler Konferenzen, wie zum Beispiel der GCARD (Global Conference on Agricultural Research for Development), ist wichtig. Zweitens ist aber auch die Reform beziehungsweise die Transformation der landwirtschaftlichen Forschung für Entwicklung (Agricultural Research for Development, AR4D) notwendig. Sie soll in Zukunft noch mehr darauf abzielen, nachhaltig produzierte Nahrungsmittel zu entwickeln und die Einkommenssicherheit von Bauern zu gewährleisten. Zudem müssen landwirtschaftliche Produkte entwickelt werden, die bei gleicher Nutzung von Ressourcen höhere Erträge erzielen. Die Keimplasma-Optimierung, durch die die Leistung, Stabilität und Qualität der Saatgutsorten verbessert wird, und die Forschung im Bereich der Grundnahrungsmittel der Drittweltländer wie Cassava (Maniok) und Hirse waren erste Erfolge, doch seit mehr als einem Jahrzehnt stagniert die Forschung.

Um wirklich effektiv zu sein, muss die Forschung in Zukunft dort Prioritäten setzen, wo regionale Organisationen bereits Vorarbeit geleistet und Probleme diagnostiziert haben. Des Weiteren müssen Technologien den individuellen und lokalen Bedürfnissen der Bauern angepasst und neue Innovationen schnell den Bauern zugänglich gemacht werden. Zudem ist es ratsam, die Beziehungen zwischen Forschung, Wirtschaft, Politik und kleinen Landwirten vor Ort zu verbessern. Letztendlich kommt es darauf an, die Auswirkungen von Veränderungen – zum Beispiel durch den Klimawandel – zu analysieren und auszuwerten. Auch wenn klar ist, dass Forschung alleine Armut, die benachteiligte Stellung von Frauen und die Unterernährung von Kindern in Entwicklungsländern nicht verhindern kann, muss sie dennoch als einer der wichtigsten Faktoren landwirtschaftlicher Entwicklung gesehen werden. [Mehr...](#)

## **Eine zentrale Frauenorganisation für die UNO!**

Christine Ahn et al. The State of the World's Women, *Foreign Policy in Focus*, 01.04.2010

Selbst in Deutschland ist es angesichts eines Lohnunterschieds von 22% um Frauenrechte nicht gut bestellt, wie Mitte April die Bundesfrauenkonferenz von Bündnis 90/Die Grünen erneut unterstrich. Und auch der Anfang März erschienene 15-Jahres-Bericht der UN-Kommission zum Status der Frauen (CSW) zeigt, dass Diskriminierung weltweit die Regel und nicht die Ausnahme ist. Das hat enorme Konsequenzen, denn durch die Ausgrenzung von Frauen wird das Potential der Weltbevölkerung suboptimal genutzt. Um dies endlich zu ändern, dürfen bei der UNO nicht länger verschiedene Organisationen mit Frauenrechten beauftragt sein. Stattdessen sollte eine

Superorganisation entstehen, die diese Kräfte unter Führung einer UNO-Untersekretärin für Frauenrechte bündelt und gezielt für mehr Gleichberechtigung kämpft.

Momentan behindern sich vier unterschiedliche Abteilungen in der UNO teils gegenseitig in ihrem Bestreben, mehr Rechte für Frauen einzufordern: die Abteilung für die Förderung von Frauen (DAW), der UNO-Entwicklungsfond für Frauen (UNIFEM), das Internationale Forschungs- und Ausbildungszentrum zur Förderung der Frau (INSTRAW) und das Büro des Speziellen Rats für Gender Angelegenheiten (OSAGI). Diese Konstellation ist nicht effektiv, die starke Benachteiligung von Frauen in allen Lebensbereichen weltweit zeigt. Neben Gewalt sind Frauen in Entwicklungsländern und in den Industriestaaten besonders Diskriminierungen im Bildungs- und Arbeitsbereich ausgesetzt. Problematisch ist auch, dass sich eine gute Ausbildung nur selten in entsprechende berufliche Möglichkeiten umsetzen lässt. Obwohl mehr Frauen denn je arbeiten – 40% in allen Sektoren außerhalb der Landwirtschaft – haben gut zwei Drittel von ihnen keine andere Wahl als entweder unbezahlte Familienarbeit zu verrichten oder sich selbstständig durchzuschlagen. 80% der Frauen in Südasien und Afrika südlich der Sahara arbeiten im informellen Wirtschaftssektor. Ihr ungesicherter Status macht sie besonders anfällig für externe Schocks wie die internationale Finanzkrise. Um dem entgegenzuwirken hatte die UN-Weltfrauenkonferenz bereits 1995 gefordert, wenigstens 30% der politischen Ämter durch Frauen zu besetzen. Doch heute liegt der internationale Durchschnitt bei lediglich 18,6%. Unter fast 200 Staatsoberhäuptern finden sich nur 15 Frauen. Vor allem auch im sicherheitspolitischen Bereich, bei Konfliktlösungen und Präventionen sieht die Beteiligung sehr spärlich aus – nur 6% der Verhandlungsführer bei den zehn großen Friedensprozessen des vergangenen Jahrzehnts waren Frauen.

Hier muss die UNO ihrer Vorreiterrolle besser gerecht werden als bisher und endlich eine übergeordnete Organisation für Frauen ins Leben rufen. Auch US-Außenministerin Clinton plädiert für die Einsetzung einer UNO-Untersekretärin, die in der Lage wäre, Frauenrechte am Verhandlungstisch viel effektiver durchzusetzen. US-Präsident Obama hat die Benachteiligung von Frauen als eine Bedrohung für die nationale wie internationale Sicherheit bezeichnet. Dabei zählen gerade die USA, genauso wie der Iran und der Sudan, zu den wenigen Ländern, die die Übereinkunft zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau ([CEDAW](#)) immer noch nicht ratifiziert haben. Nicht zuletzt aus Gründen der Imagepflege wären die USA gut beraten, dies schnell nachzuholen. Auch wenn hier das State Department fürchten muss, für sein frauenrechtliches Engagement in der Sicherheitspolitik von den Republikanern marginalisiert zu werden. [Mehr...](#)

---

### Interessiert an weiteren Themen?

[Registrieren](#) Sie sich kostenlos bei unserem englischsprachigen Internet Think Tank [atlantic-community.org](#)! Lesen Sie Zusammenfassungen der besten weltweiten Pressekommentare zu aktuellen Themen der internationalen Politik und Globalisierung, netzwerken Sie mit politischen Vordenkern in Europa und Nordamerika, und publizieren Sie eigene Meinungsbeiträge und Studien.



[ATLANTIC-COMMUNITY.ORG](#)

---

Die *Global Must Reads* werden von der Atlantischen Initiative e.V. herausgegeben.

ATLANTISCHE INITIATIVE



Vorstand: Dr. Johannes Bohnen und Jan-Friedrich Kallmorgen (V.i.S.d.P.)

Verantwortliche Redakteure: Björn Sacknieß/Jade Tänzler

© Atlantische Initiative e.V. – Wilhelmstraße 67 – 10117 Berlin

Tel: +49 - 30 - 206 337 88 – Fax: +49 - 30 - 246 303 633

Email: [info@atlantische-initiative.org](mailto:info@atlantische-initiative.org)